

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Mag. Dr. Philipp Gerhartinger

Präsident der AK Oberösterreich

Abteilung Wirtschafts-, Sozial-, und
Gesellschaftspolitik

Klug investieren anstatt zu kürzen:

Wohlstand für alle ist möglich

Pressekonferenz

Freitag, 17. Februar 2023, 10 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Wohlstand und ein gutes Leben für alle ist möglich. Was es dazu braucht? Kluge und mutige Investitionen. Vor allem die drängendsten Zukunftsfragen wie die demografischen Veränderungen und der Klimawandel verlangen nach Antworten und mehr finanziellen Mitteln. Viel zu oft wird seitens der Politik zum Sparstift gegriffen. Das Gefährliche dabei: Kürzungen schaden uns allen und kommen vor allem den Arbeitnehmern/-innen und Konsumenten/-innen teuer zu stehen. Denn sie sind es, die den größten Teil des Steueraufkommens und somit unseren Wohlstand finanzieren. Eine aktuelle Studie von Ökonom Dr. Philipp Heimberger, vom Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, zeigt die Vorteile einer zukunftsorientierten und mutigen Investitionspolitik auf und schlägt damit in dieselbe Kerbe wie die Arbeiterkammer Oberösterreich. Die AK fordert seit langem den Ausbau der Kinderbildung und -betreuung, des öffentlichen Verkehrs, des Sozialstaates und einen sozial gerechten Klimaschutz.

Die beste Kinderbildung und -betreuung, ein verlässliches öffentliches Verkehrsnetz, die beste Bildung für unsere Kinder, eine exzellente Gesundheitsversorgung, eine gute Pflege für alle, ein umfassendes Pensionssystem, eine armutsfeste Absicherung bei Arbeitslosigkeit sowie leistbares Wohnen: Das sind die Dinge, die es für soziale Fairness und Wohlstand für alle braucht. Ein gut ausgebauter Sozialstaat ist die Basis für ein sicheres und erfülltes Leben. Zugleich ist er Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Den Sozialstaat zu erhalten und auszubauen ist aus Sicht der Arbeiterkammer das Um und Auf. Gleichzeitig bedarf es einer Reihe von Investitionen in unsere Zukunft. Vor allem die drängendsten Herausforderungen, wie zum Beispiel der Klimawandel, verlangen nach Antworten und mehr finanziellen Mitteln.

Dabei ist wichtig, dass Verteilungsgerechtigkeit wieder deutlich mehr in den Fokus gerückt wird. Die letzten Jahre standen im Krisenmodus. Vieles musste schnell umgesetzt werden. Verteilungsgerechtigkeit war bei den meisten Maßnahmen kein Thema. Das war teils dem Tempo der Krisen geschuldet, teils aber auch politischem Kalkül. Fakt ist: Viele Schief lagen wurden weiter befeuert. Während sehr großzügig Geschenke an Unternehmen verteilt wurden (von der KÖSt-Senkung über großzügige Corona-Überförderungen bis hin zu den jüngst beschlossenen Energiekostenzuschüssen 1 und 2), mussten sich die Arbeitnehmer/-innen vieles in Wahrheit selbst bezahlen. Ein Beispiel ist die Strompreisbremse statt des viel effektiveren Aussetzens des Merit-Order-Systems. Umso wichtiger ist

es jetzt, bei den künftigen Herausforderungen wieder Verteilungsgerechtigkeit ins Zentrum zu rücken.

Weg vom Kürzen, hin zur mutigen Budgetpolitik

Die gute Nachricht ist: Eine stabile Wirtschaftsentwicklung, soziale Sicherheit, Umweltschutz und ein ausgeglichenes Budget sind machbar. Eine aktuelle Kurzanalyse von Ökonom Dr. Philipp Heimberger vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche untersucht drei mögliche Szenarien für die zukünftige Budgetpolitik. Dabei zeigt er, wie sie auf nachhaltige öffentliche Finanzen wirken und wie und ob sie dazu beitragen, die Ziele bei Klima, Energie und Sozialem zu erreichen.

Der Autor kommt dabei zum Ergebnis, dass eine Kürzungspolitik negative volkswirtschaftliche Effekte hätte. Die besten mittel- und langfristigen Wirkungen bringt hingegen eine aktive Investitionspolitik des öffentlichen Sektors in den Bereichen Klima, Energie und Soziales, die durch eine Reform der Budgetregeln und die Schaffung eines EU-Investitionsfonds für Klima und Energie unterstützt wird. Das ist auch das von der AK geforderte Szenario. Die gesamte Kurzanalyse finden Sie im Download-Bereich für die Presseunterlagen auf der Homepage der AK Oberösterreich.

Österreichs Finanzen zeigen: Ein gutes Leben für alle ist leistbar

Statt einer Kürzungspolitik braucht es eine fortschrittliche Wirtschafts- und Fiskalpolitik, welche den Wohlstand der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ein Blick auf Österreichs Finanzen zeigt, dass wir aufgrund unserer guten Ausgangsposition die Mittel dazu haben, um die Verantwortung wahrnehmen zu können. Denn trotz der hohen Ausgaben für die Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie und der Teuerungskrise schneidet Österreich, was die laufende Budgetgebarung und die öffentliche Verschuldung (also die Staatsschuldenquote) betrifft, im internationalen Vergleich gut ab. Nachdem der Bund 2018 und 2019 noch leichte Budgetüberschüsse ausgewiesen hat, führten die hohen Ausgaben in Form der COVID-19-Maßnahmen zu einem hohen Budgetdefizit von 8,0 Prozent des BIP in 2020 und 5,9 Prozent in 2021. Die hohen Kosten der so genannten Anti-Teuerungsentlastungspakte 2022 führten dank eines guten realen

Wirtschaftswachstums von 4,8 Prozent zu einem relativ geringen Budgetdefizit von voraussichtlich 3,2 Prozent.

Die Staatsschuldenquote erhöhte sich deutlich von 70,6 Prozent des BIP in 2019 auf 82,3 Prozent in 2021, sollte aber bis zum Jahr 2026 – selbst ohne Kürzungspolitik – stetig auf 73,2 Prozent des BIP zurückgehen. Auch im internationalen Vergleich zeigt sich die gute Ausgangsbasis Österreichs hinsichtlich der Verschuldungsposition: Die durchschnittliche Verschuldung im Euroraum wird für Ende 2022 bei 93,7 Prozent erwartet. Deutlich schlechter liegen hier zum Beispiel das Vereinigte Königreich mit 103 Prozent oder die größte Volkswirtschaft der Welt, die USA, mit 122,8 Prozent.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für Investitionen in die Zukunft

Für die AK Oberösterreich steht fest: Genau jetzt ist die Zeit, in der die öffentliche Hand mit Mut und Zuversicht vorangehen muss. Denn kluge Investitionen in die Zukunft sorgen für einen Aufschwung, von dem alle profitieren können. Das bedeutet, dass durch öffentliche Ausgaben- und Einnahmenpolitik die starken Schwankungen der Wirtschafts- und Preisentwicklung ausgeglichen werden müssen, während gleichzeitig für soziale Fairness zu sorgen ist. Machen wir das nicht, werden immer mehr Menschen zurückgelassen.

Somit bestätigt sich einmal mehr, dass den von Bundesminister Kocher geforderten Kürzungen bei den Sozialleistungen für Teilzeitbeschäftigte, eine klare Absage zu erteilen ist. Was es braucht ist ein starker und moderner Sozialstaat der die Menschen unterstützt.

Die Politik darf sich nicht hinter falschen Sparzwängen verstecken, um sich ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen zu entziehen! Kürzen um des Kürzens willen darf nicht dazu führen, öffentliches Eigentum zu privatisieren, soziale Sicherheit zu unterminieren und das Angebot öffentlicher Infrastruktur im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich auszuhöhlen. Fest steht, dass wir sehr wohl die Mittel haben, um die Verantwortung wahrnehmen zu können.

Der Sozialstaat mit seinen automatischen Stabilisatoren und eine expansive Budgetpolitik haben sich in der Vergangenheit als die wichtigsten Instrumente zur

Konjunkturstützung und fairen Bewältigung von Krisen erwiesen. Ein Kaputt Kürzen des Sozialstaates führt hingegen zu einer noch stärkeren Ungleichheit und einer „Bewältigung“ der Krise auf dem Rücken der Menschen. Denn im Falle von stur befolgten Kürzungsgeboten müssten die Menschen bisher öffentlich bereitgestellte Dienstleistungen privat zu höheren Kosten bei gewinnorientierten Unternehmen kaufen und aus der eigenen Tasche bezahlen. Immer mehr Menschen können sich das aber gar nicht leisten und geraten in Unterversorgung und Armut. Sie fühlen sich „abgehängt“ und vom Staat im Stich gelassen, was die Arbeiterkammer demokratiepolitisch für sehr gefährlich erachtet.

Mutige Budgetpolitik rechnet sich mehrfach

Eine solide öffentliche Infrastruktur ist nicht nur eine notwendige Basis für ein gutes Leben aller, sondern auch für wirtschaftlichen Erfolg. Wenn zum Beispiel eine qualitative Ganztagsbetreuung für Kleinkinder angeboten wird, ist das die beste Voraussetzung um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Die damit geschaffenen Verdienstmöglichkeiten erhöhen den wirtschaftlichen Wohlstand. Durch die erhöhte Nachfrage wird die Wirtschaft gefördert, was wiederum eine gute Nachricht für die öffentliche Einnahmenseite ist. Zusammengefasst: Beim Kürzen verlieren alle, bei Investitionen gewinnen alle.

Auch im Privatbereich wird ein verantwortungsvoller Mensch für eine stabile Gegenwart sorgen und die zentralen Lebensbedürfnisse von sich und der Familie in den Mittelpunkt seiner Zukunftsplanung stellen. So wird hier und heute völlig zu Recht Geld in die Hand genommen und/oder ein Kredit abgeschlossen, um zum Beispiel für Wohnraum, eine zukunftsichere Energieversorgung, die Ausbildung der Kinder und ausreichende Mobilität zu sorgen. Das schafft nicht nur eine gute Gegenwart, sondern ist auch die Basis für ein gutes Leben im Alter und für die Berufschancen der Kinder. Hinzu kommt: Ohne Wohnraum, Mobilität und Ausbildung wird es auch schwierig, ein verlässliches Einkommen zu erzielen.

Ökologischer Wandel muss fair gestaltet werden

Die Folgen des Klimawandels sind bereits deutlich spürbar und wir wissen, dass die Zeit drängt. Wir müssen unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sozial gerecht gestalten und so rasch wie möglich auf eine klimaschützende, natürliche

Ressourcen schonende und nachhaltige Ebene hieven. Wenn wir die Folgen des Klimawandels mildern und die Erderwärmung bremsen wollen, müssen wir jetzt die finanziellen Mittel in die Hand nehmen. Das gilt auch für sämtliche andere Bereiche, wie zum Beispiel Transport und Personenverkehr oder Kreislaufwirtschaft. Laut Ökonom Dr. Philipp Heimberger hat Österreich einen Investitionsbedarf im Bereich Klima und Energie von vier Prozent des BIP jährlich. Davon machen öffentliche Investitionen rund 60 Prozent oder 9,5 Milliarden Euro aus.

Die AK macht in ihrer Positionierung im Bereich Klimaschutz deutlich: Die Klimafrage ist immer auch eine soziale Frage und der notwendige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Gerade in einem Industriebundesland wie Oberösterreich müssen Politik, Unternehmen und Wissenschaft gemeinsam mit den Beschäftigten einen Zukunftsplan erarbeiten, um einen erfolgreichen sozialen und ökologischen Umbau zu ermöglichen. Das ist der Weg, um Arbeitsplätze klima-fit zu machen und den Wohlstand zu sichern.

Bei den Maßnahmen gegen den Klimawandel sollte die soziale Gerechtigkeit oberste Prämisse sein. Eine intakte Umwelt, eine gesunde Infrastruktur, ökologisch schonendes Verhalten und Wohlstand dürfen kein Privileg einiger weniger sein, sondern stehen allen Menschen zu. Statt im Kampf gegen den Klimawandel die einzelnen Konsumenten/-innen verantwortlich zu machen und zusätzlich zu belasten, sind systemische Veränderungen nötig – die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Eine verlässliche Zugverbindung, auch in den ländlichen Regionen, trägt beispielsweise mehr zum ökologischen Wandel bei, als ein erhobener Zeigefinger.

Hausaufgaben machen: Erstens Steuerstruktur verbessern...

Auf der Einnahmenseite geht es zum einen darum sicherzustellen, dass ausreichend Mittel für die Erfüllung der Staatsaufgaben und der Daseinsvorsorge vorhanden sind. Zum anderen geht es um eine faire Verteilung der Beiträge zur Aufbringung dieser öffentlichen Mittel. Das ist aktuell nicht der Fall. Denn nach wie vor kommen in Österreich rund 80 Prozent aller Steuern und Abgaben von den Arbeitnehmern/-innen und Konsumenten/-innen, hingegen nur 1,4 Prozent aus vermögensbezogenen Steuern bzw. 13,5 Prozent aus Gewinnen und

Kapitalerträgen. Diese Schieflage soll dadurch behoben werden, dass Arbeitnehmer/-innen entlastet und gleichzeitig die Beiträge von Vermögenden, Krisengewinnern/-innen und Unternehmen erhöht werden. Die Arbeiterkammer hat dazu konkrete Vorschläge vorgelegt, zu denen etwa die Einführung einer Erbschaftssteuer, einer Vermögenssteuer, einer Übergewinnsteuer oder das Schließen der Steuerlücke gehören.

...und zweitens goldene Investitionsregel in der EU einführen

Die EU hat ihre sogenannten Budgetregeln angesichts des Ausbruchs der Pandemie Anfang 2020 ausgesetzt, um den Staaten eine angemessene Politik zur Bekämpfung der Krise zu ermöglichen. Sollten diese Regeln in der näheren Zukunft wieder – wenn auch in reformierter Form – aktiviert werden, könnten sich die Staaten gezwungen sehen, ihre Budgets durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu konsolidieren. Die Erfahrung zeigt, dass dabei häufig öffentliche Investitionen als erstes von Kürzungen betroffen sind, weil hier der politische Widerstand am geringsten ist.

Sowohl die Energiekrise als auch der klimatische und demografische Wandel erfordern erhebliche Mehrinvestitionen des öffentlichen Sektors. Deshalb erneuert die AK an dieser Stelle ihre langjährige Forderung nach einer goldenen Investitionsregel innerhalb der EU. Dadurch würden Zukunftsinvestitionen aus den Defizitvorgaben ausgenommen und auf mehrere Generationen verteilt werden können.

Die Forderungen der AK Oberösterreich im Überblick

Schiefelage im Steuersystem beseitigen

- Rücknahme der Körperschaftsteuersenkung
- Eine deutliche Nachbesserung der Übergewinnsteuer für Energieversorgungsunternehmen
- Abschaffung der Merit-Order
- Schließen der Steuerlücke
- Einführung einer progressiven Erbschaftssteuer
- Besteuerung von Millionen-Vermögen
- Mehr Mittel für Gemeinden – ein fairer Finanzausgleich

Spielräume für Zukunftsinvestitionen schaffen

- Einführung einer goldenen Regel für Zukunftsinvestitionen
- Einrichtung eines permanenten EU-Klima- und Energieinvestitionsfonds
- Mehr Planungssicherheit: Adaptierte Schätzungen zum öffentlichen Investitionsbedarf in den Bereichen Klima und Energie bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus um notwendige Investitionen und den Finanzierungsbedarf transparent zu machen

Moderner Sozialstaat

- Sicherung und Ausbau des Sozialstaates und der allgemeinen Versorgungssicherheit